Spitzenkandidat Landtagswahl Baden-Württemberg

Parteiname

Ansprechpartner/in

Adresse

Eschbach im Januar 2026

Die Bürgerinitiative wendet sich an die kandidierenden Parteien für die Landtagswahl in Baden Württemberg, März 2026

Sehr geehrte Frau xxx/ sehr geehrter Herr xxx,

wir wenden uns an Sie als Bürgerinitiative einiger Klein- und Mittelstandsunternehmen im Gewerbepark Breisgau.

Wir haben uns im Jahr 2025 als Bürgerinitiative zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Erhalt des Gewerbeparks zu kämpfen. Der Anlass dafür kämpfen rührt daher, dass das Land Baden-Württemberg daran festhält die Kapazitäten für Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge zu erweitern und nun Grundstücke sucht. Im Gewerbepark soll auf einem, im bestehenden Industriegebiet liegenden Grundstück mit 16.000m^2, bestehend aus drei Flurstücken nun eine Erstaufnahme (EA) gebaut werden für 950 Flüchtlinge.

Wir als Gewerbetreibende im Gewerbepark Breisgau wissen, dass solch eine Einrichtung nicht in ein Industriegebiet passt. Zumal sich bereits 2016 beim Betrieb einer Containersiedlung am Rande des Gewerbeparks für bis zu 600 Flüchtlinge gezeigt hat, dass so eine humanitäre Flüchtlingsunterbringung nicht erfolgen kann.

Nun soll hier inmitten des Gewerbepark Breisgau eine EA in Festbauweise errichtet werden. Dies stößt hier im Gewerbepark bei den Betrieben auf Widerstand und so hat sich unsere Bürgerinitiative „Gewerbepark Breisgau erhalten“ gegründet.

Wir haben bereits eine sehr erfolgreiche Online-Petition, sind gut in den kommunalen Gremien vernetzt und beim Beteiligungsverfahren „Dialogveranstaltung“ vertreten, auch wenn wir diese bis heute kritisch betrachten.

<u>Fakten zum geplanten Bau:</u>

- Eck-Grundstück mit zwei Zufahrtsstraßen (Freiburger Straße und Ballrechten Dottinger Straße)
- 16.000m^2

- Industriegebiet
- Super Lage – direkte Anbindung an die Autobahn (Dreiländer-Eck)
- Baukosten: 100 Mio Euro mindestens (Rede ist von kleinem dreistelligen Millionenbetrag)
- Wohnraum für 950 Personen
- Baubeginn: 2027

Unsere Kritik:

Gewerbepark – ein Park für das Gewerbe

Der Gewerbepark wurde gegründet zum Zweck der Ansiedlung von Gewerbebetrieben. Speziell in Industriegebieten herrschen hohe Emissionswerte und der Betrieb von Unternehmen ist hier 24/7 gestattet. Eine EA mit Wohncharakter für geflüchtete Menschen passt nicht in ein Industriegebiet. Die Menschen können hier nicht in Ruhe leben, sind umgeben von Lärm zumal das Gebiet industriell geprägt ist und eine Wohnbebauung nicht zum Charakter des Gewerbeparks passt.

Bereits 2023 hat der Gewerbepark auch das Wohnrecht für Betriebe komplett ausgeschlossen, so dass seither bei Neuansiedlung von Betrieben ein Wohnrecht nicht mehr beantragt werden konnte. Somit steht der Bau einer Erstaufnahme für knapp 1.000 Bewohner hier in einem enormen Widerspruch.

Kosten

Der Gewerbepark ist ein Musterbeispiel für die Konversion eines ehemaligen Militärflugplatzes in ein florierendes Gewerbe- und Industriegebiet mit einem ausgewogenen Branchenmix.

Anfangs stockte der Verkauf von Flächen, mittlerweile gibt es kaum noch freie Grundstücke für die Neuansiedlung von Unternehmen.

Das betreffende Grundstück für die geplante EA ist eines der letzten freien Grundstücke und soll nun in Erbpacht an das Land Baden-Württemberg verpachtet werden, um darauf den Betrieb einer EA zu verwirklichen. Laufzeit des Pachtvertrages: 15 Jahre mit Option auf Verlängerung.

Alleine schon das mit Baukosten in Höhe von mind. 100 Mio Euro verbundene Investitionsrisiko für eine aktuell vereinbarte Erbpachtdauer von 15 Jahren erscheint uns in der aktuellen finanziellen Lage der Kreiskommunen als entschieden zu groß.

Ist der Kabinettsbeschluss des Landes von Februar 2024 noch bedarfs- und zeitgerecht?

Wir müssen feststellen, dass sich die zuständigen demokratischen Gremien gegen eine Erstaufnahmeeinrichtung dieser Größenordnung in Siedlungsnähe entschieden haben.

Die besonderen Bedürfnisse geflüchteter Menschen sehen wir mit solch einer Einrichtung im Industriegebiet nicht annähernd berücksichtigt.

Entsprechen die angestrebten Erstaufnahmekapazitäten angesichts der aktuell deutlich sinkenden Flüchtlingszahlen und gestiegenen Rückführungen noch dem tatsächlichen Bedarf?

Noch heute irritiert uns die Wortwahl des Oberbürgermeisters Martin Horn der Stadt Freiburg, die auch im Zweckverband des Gewerbepark Mitglied ist. In der Sendung zur Sache Baden-Württemberg des SWR stellte er das Votum der Stadt Freiburg als einen Schulterschluss mit den Kommunen aus dem Umland dar.

Für uns ist somit eine Wahrnehmung sozialer Verantwortung in dieser Angelegenheit durch die Stadt Freiburg nicht erkennbar. Seiner Aussage nach „wolle niemand die EA bei sich, somit war der Gewerbepark die beste Alternative für die zustimmenden Kommunen“. Warum wird darüber nicht öffentlich gesprochen?

Hier interessiert uns direkt Ihre Meinung – wie stehen Sie zu einer siedlungsnahen Lösung für Erstaufnahmen?

Vertrauensverlust in die politische Demokratie

Der ganze Prozess der Beteiligung wird von Bürgern, Unternehmern und einigen Kommunen und kommunalen Vertretern komplett in Frage gestellt.

Das Justizministerium schreibt auf der eigenen Internetseite, dass die Bürger von Beginn an beteiligt werden, man setze auf Transparenz von Beginn an.

Wir erlebten keine Bürgerbeteiligung, da lediglich nach Beschlussfassung und bereits geschlossenen Verträgen nur noch informiert wurde. Die Bürger wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und somit bei der wesentlichen Entscheidungsfindung ausgegrenzt. BürgermeisterInnen scheuen vorab einen echten Austausch mit ihren Bürgern und entscheiden ohne Rückversicherung und Rückendeckung.

Leider wurde aber zu Beginn nur „nicht öffentlich“ getagt, die Kommunen wurden vom Landrat besucht und ihnen wurde die EA als Musterlösung präsentiert, da die beteiligten Kommunen selbst bei einer Errichtung der EA weniger Flüchtlinge aufnehmen müssen in der Anschlussunterbringung. Letztlich haben sich die demokratisch gewählten BürgermeisterInnen so beeinflussen lassen und konnten nicht unbefangen bei der Abstimmung in der Verbandversammlung im März 2025 teilnehmen. Die finanziellen Anreize standen für die meisten Kommunen im Vordergrund.

Einzig die Stadt Heitersheim war von Beginn an gegen die EA, da diese bereits 2016 die größten Nachteile bei der Containersiedlung im Gewerbepark hatte. Hierzu mehr unter – fehlende Infrastruktur.

Fehlende Infrastruktur

Im Gewerbepark gibt es keine Einkaufsmöglichkeit. Ein Bäcker ist hier sowie ein Imbiss, ein Restaurant und eine Dönerbude.

Die Bewohner einer EA möchten sich bereits ab Tag 1 in Deutschland auch am Leben beteiligen unter anderem beginnt die Integration bereits unterschwellig und mit der Teilhabe am Leben so wie mit Einkaufsmöglichkeiten, Besuch von Spielplätzen, etc.

Eine gelungene Integration ist umso erfolgreicher mit einer wohlbedachten Erstaufnahme.

Das Thema Migration hat großes Potential bei der anstehenden Landtagswahl entscheidungsgebend zu sein. **In unserer ländlichen Region brauchen wir Bürger Ihre klare Meinung zur geplanten Erstaufnahme.** Unsere Meinung wird bisher nicht ernst genommen und wir kämpfen gehört zu werden. Wir bitten Sie, treten Sie mit uns und den Bürgern der Gemeinden rund um den Gewerbepark in den Dialog und beziehen Sie öffentlich Position. Wir sind für viele Bürger die Informationsquelle in der Thematik und möchten daher auch für die Landtagswahl gerne allen die Stellungnahme jeder Partei auf unserer Homepage veröffentlichen. Sollten Sie nicht wünschen, dass Ihre Antwort an unsere Initiative veröffentlich wird, so bitten wir Sie uns dies bei der Antwort entsprechend mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Bürgerinitiative Gewerbepark Breisgau erhalten

Maike Sitterle

Anlage – QR Code

P.S.: Wissen Sie um den Standort der bundesweit modernsten Schussanlange für die Bundeswehr, Polizei und den Zoll? Diese wurde 2020 modernisiert für mehr als 20 Millionen Euro. Ist eine Erstaufnahme in dieser Umgebung für geflüchtete Menschen zumutbar?

Machten Sie sich selbst ein Bild, scannen Sie den QR-Code. Aufgenommen wurden hier die Schussgeräusche der oben genannten Anlage genau an dem Standort, wo die Erstaufnahme geplant ist. Urteilen Sie selbst – könnten hier geflüchtete Menschen retraumatisiert werden?